



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 313314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 25.11.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 01. Dezember 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.11.2015
2. **15-F-33-0091**

Gesicherte Trinkwasserversorgung für Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.11.2015

Im Bewusstsein der Bedeutung einer gesicherten öffentlichen Trinkwasserversorgung für den Ballungsraum Rhein-Main erarbeiten die Städte Wiesbaden, Frankfurt am Main und Darmstadt als kommunale Aufgabenträger sowie das Land Hessen, vertreten durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Eckpunkte für eine regionale Wasserversorgungsstrategie. Gemeinsames Ziel der Strategieinitiative ist es, im

Rahmen der jeweiligen Aufgabenverantwortlichkeiten den erreichten Stand der Versorgung mit Trink- und Brauchwasser im Wirtschafts- und Lebensraum Südhessen auf Dauer zu erhalten und ausgerichtet an den aktuellen Bedürfnissen und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Hierbei geht es auch um eine zukunftsfähige regionale Organisationsstruktur der öffentlichen Wasserversorgung unter Beibehaltung der dezentralen Wasserbeschaffung, deren ökologischen Auswirkungen oder einer optimierten Wasserverteilung zu den Verbrauchsräumen im Ballungsraum.

Wie zahlreiche Beispiele der Vergangenheit zeigen, bedarf es für eine nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung in Qualität und Menge unter einer allgemein erschwinglichen Kostenstruktur, einer starken Rolle der Öffentlichen Hand. Nahezu alle Privatisierungsverfahren hatten bis dato entweder massive Preiserhöhungen oder aber erhebliche Verschlechterungen in Qualität des Wassers oder der Rohrleitungssysteme zur Folge.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den aktuellen Sachstand zu einer regionalen Wasserversorgungsstrategie zu berichten.
2. mögliche Risiken bei Nichtzustandekommen einer solchen Wasserversorgungsstrategie für den Ballungsraum Rhein-Main darzustellen.
3. gemeinsam mit den anderen betroffenen Kommunen auf allen Ebenen mit Nachdruck die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als öffentliche Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern.

3. 15-F-03-0126

Urban Gardening in Wiesbaden fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2015

Die Grüne Fraktion unterstützt die Initiative des Jugendparlaments zum Urban Gardening in Wiesbaden. Der Magistrat sollte Bürgerinnen und Bürgern geeignete städtische Flächen zum Stadtgärtnern zur Verfügung stellen, um dort essbare Nutzpflanzen zu ziehen oder auch blühende Beete z.B. als Insektenweide anzulegen. Gemeinschaftliche Urban Gardening-Projekte fördern generationenübergreifend das soziale Zusammenleben und können bei der Integration von Migrantinnen und Migranten helfen. Auch Schul- und Kindergartenkinder sind eine mögliche Zielgruppe, wenn die entsprechenden Bildungseinrichtungen nicht selbst über geeignete Flächen verfügen.

Urban-Gardening-Projekte beleben und verschönern die Stadt und bieten engagierten Bürgerinnen und Bürgern direkte Beteiligungsmöglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebensumfelds. Zudem stellen sie einen Beitrag zur gesunden Ernährung mit lokalen Produkten dar.

Den Erfolg des Stadtgärtnerns zeigt beispielsweise die Stadt Andernach, die für ihr Konzept der „essbaren Stadt“ vor zwei Jahren ausgezeichnet wurde oder die Stadt Karlsruhe, die schon seit 2012 Beete auf stadteigenen Grünflächen anbietet.

Insgesamt fast 40 Städte in Deutschland haben bereits Bereiche für diese Anbauform geschaffen, so auch unsere Nachbarstadt Mainz.

Siehe: <https://www.mainz.de/freizeit-und-sport/im-gruenen/gaertnern-in-der-stadt.php>

Mit der Aktion „Grüner Daumen“ im Jahr 2011/2012 hatte auch Wiesbaden bereits einen ersten Vorstoß in diese Richtung unternommen. In den Reisinger Anlagen konnten Einzelpersonen oder Gruppen jeweils zwei mal zwei Meter große Beete nach eigenen Vorstellungen mit Blumen bepflanzen und gestalten. So entstand auf dem späteren Bauplatz der neuen KiTa Geschwister Stock ein kleiner, bunter und vielfältiger Garten. Dieses vorbildliche Angebot sollte wieder aufgegriffen und an anderer Stelle dauerhaft installiert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1. Der Ausschuss begrüßt die Initiative des Jugendparlaments zum Urban Gardening.
- 2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in Wiesbaden bereits entsprechende Initiativen oder Anfragen aus der Bevölkerung gibt.
- 3. Der Magistrat wird gebeten, sowohl auf www.wiesbaden.de als auch über andere geeignete Medien oder Orte (Umweltladen etc.), die Idee des Urban Gardening zu kommunizieren und die Bürgerinnen und Bürger einzuladen, hier aktiv zu werden und selbst geeignete Flächen vorzuschlagen.
- 4. Der Magistrat wird gebeten, die Aktion „Grüner Daumen“ aus dem Jahr 2011/2012 wieder aufzugreifen und auf einer geeigneten Fläche dauerhaft zu installieren.

4. 15-F-08-0059

Kooperation der Städte Mainz und Wiesbaden bei der Abfallentsorgung
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.11.2015

Sowohl in Mainz als auch in Wiesbaden gibt es aktuell Planungen zur Erweiterung von Deponiefläche. Aufgrund der räumlichen Nähe ist eine Kooperation beider Städte sehr naheliegend.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge folgende Fragen beantworten:

1. Inwieweit ist die Deponie der Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell und künftig in der Lage Abfälle aus der Nachbarstadt Mainz aufzunehmen?
2. Welche Aktivitäten der in beiden Städten Verantwortlichen gab es in den zurückliegenden fünf Jahren im Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten der beiden Städte bei der Abfallentsorgung?
3. Welche vertraglichen Vereinbarungen hinsichtlich der Abfallentsorgung gibt es zwischen den beiden Städten?

4. Woran sind denkbare Kooperationsvereinbarungen der beiden Städte im Hinblick auf die Abfallentsorgung bislang gescheitert bzw. warum sind solche nicht zustande gekommen?

5. 15-F-33-0053

Streuobstwiesen

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0094 vom 30.06.2015
- Sachstand

ANLAGE -Bericht

6. 15-V-70-0009

DL 52/15-30

Anpassungen der Abfallgebühren für die Kalkulationsperiode 2016/17 und Änderung der Kreislaufwirtschaftssatzung

7. 15-V-70-0010

DL 52/15-31

Anpassungen der Schmutzwassergebühren für die Kalkulationsperiode 2016/17 und Änderung der Abwassersatzung

8. 15-V-70-0011

DL 52/15-32

Neue Straßenreinigungssystematik,
Anpassungen der Straßenreinigungsgebühren für die Kalkulationsperiode 2016/2017 und
Änderungssatzungen zur Straßenreinigungssatzung (bestehende bzw. neue Systematik)

9. 15-V-70-0008

DL 52/15-29

Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden: Fortschreibung

10. 15-V-61-0031

DL 52/15-25

Bebauungsplan "Östlich des Landeshauses" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **15-V-07-0006** **DL 51/15-1**
Umgang mit Altkleidercontainern auf Grundstücken der Landeshauptstadt Wiesbaden

2. **15-V-20-0054** **DL 51/15-2**
Investitionscontrolling 3. Quartal 2015

3. **15-V-36-0021** **DL 52/15-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 24.09.2015

4. **15-V-36-0023** **DL 52/15-4 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.10.2015

5. **15-F-33-0048**
Modellprojekt gegen Wildpinkler
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0083 vom 23.06.2015
ANLAGE - Bericht

6. Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2015
ANLAGE - Vorlage

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender